Ergänzende Erläuterungen zu den Maßnahmen in der Prüfungsmitteilung des Nds. Landesrechnungshofes vom 04.02.2013

Zu Teilziffern 2 und 3 (Seite 8) – Entwicklung der Zuschüsse für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und Hilfen zur Erziehung/Hilfen für junge Volljährige

Die Steigerungsrate bei den Zuschüssen liegt in der Wesermarsch mit 14% jeweils deutlich unter den Werten der anderen Kommunen (hier durchschnittlich 20%).

Teilziffer 7 (Seiten 12-14) – Zuschussbedarf bei einzelnen Hilfeformen (Tagesgruppen und Heimerziehung)

Die Wesermarsch liegt im Vergleich zu den anderen überprüften Kommunen bei 3 von 4 Vergleichswerten im Zuschussbedarf an 1. (bester) Stelle (1 x in 2008 an 2. Stelle).

Auch die Fallzahlen in den 3 Vergleichsjahren sind in der Wesermarsch moderat gestiegen.

Aus diesen Vergleichswerten ist daher kein konkreter Handlungsansatz abzuleiten.

Die Fallzahlen in der Heimerziehung sind ab 2011 zwar weiter leicht gestiegen, hier wirkt sich aber vielmehr die Zunahme kostenintensiver Maßnahmen in der Höhe des Zuschussbedarfes negativ aus.

Die Fallzahlen bei den Tagesgruppen lagen in 2012 auf identischem Niveau.

Zu Teilziffer 9 (Seite 15) – Überprüfung des Zuschussbedarfes für „Hilfe für junge Volljährige“

Die im Vergleich zu den anderen überprüften Kommunen ermittelte überdurchschnittliche Höhe des Zuschussbedarfes wurde überprüft, eine fehlerhafte Kostenberechnung war allerdings nicht festzustellen.

Aufgrund des vom Kreistag beschlossenen Konsolidierungszieles werden seit 2011 Standards für „Hilfen für junge Volljährige“ entwickelt. Beispielhaft sei hier die frühzeitige Einleitung des Verselbständigungsprozesses durch maßnahmeunterstützende Hilfen ab Vollendung des 16. Lebensjahres genannt. Außerdem hat das Nds. Landesamt für Soziales auf Initiative des Landkreises im Rahmen der IBN-Zusammenarbeit eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingesetzt. Ziel ist die Erarbeitung einer landesweiten Handlungsempfehlung (Veröffentlichung Ende 2013).

Aufgrund der bisher im Bereich Wesermarsch verfügbaren Verfahrensänderungen wird davon ausgegangen, dass sich in den kommenden Jahren zwar weniger die Fallzahl, wohl aber der Umfang der erforderlichen Hilfe – und damit der Zuschussbedarf - verringert.

Zu Teilziffer 9 + 15 (Seiten 16 und 20) – Aufbau eines Fach- und Finanzmanagements

Der Fachdienst Jugend beteiligt sich seit Anfang 2012 an einem vom Nds. Landesamt für Soziales ins Leben gerufenen Projektes zum Aufbau eines Fach- und Finanzcontrollings in der Jugendhilfe. Das Projekt wird Ende 2013 abgeschlossen sein, der Projektbericht wird als Handlungskonzept / Handreichung veröffentlicht. Einzelne Elemente des Projektergebnisses werden auf die Wirtschaftliche Jugendhilfe des Landkreises Wesermarsch übertragbar sein.

Zu Teilziffer 10 (Seite 18) – Überprüfung der Personalsituation im Sozialen Dienst

Ausgehend von der vergleichsweise hohen Fallzahl pro Vollzeitkraft im Sozialen Dienst (67,5 Fälle mit Stand 2011) ist Ende 2012 eine Personalverstärkung durchgeführt worden = Einstellung von 2 weiteren SozialarbeiterInnen ab 01.12.2012. Die stellenplanmäßige Umsetzung erfolgt im Zuge des Stellenplanes 2013. Mit dieser Maßnahme soll auch die Steuerung der einzelnen Fälle umfassender gestaltet werden.

Aufgrund dieser Personalmaßnahmen konnte die Fallbelastung damit zunächst auf ca. 60 Fälle gesenkt werden. Gemessen an den Vergleichszahlen aus den anderen überprüften Kommunen liegt der Wert aber noch im oberen Bereich. In 2013 soll die durchschnittliche Fallbelastung, u.a. durch organisatorische Maßnahmen, auf ca. 58 Fälle reduziert werden.

Durch die Personalverstärkung konnte in der Bezirkssozialarbeit ein weiterer Bezirk gerichtet (ab 01.01.2013 = 8 Bezirke statt bisher 7 Bezirke), das Heimsachgebiet (Fälle der stationären Unterbringung) personell verstärkt und die Arbeitsanteile einer zum 01.11.2012 frei gewordenen Planstelle im Pflegekinderdienst (0,5 Stellenanteil) aufgefangen werden. Eine Folge dieser Maßnahmen ist, dass die Hilfeplanarbeit in seiner Frequenz jetzt in allen Sachgebieten auf 6 Monate reduziert werden konnte.

Zu Teilziffern 13 und 29/30 (Seiten 19 und 30 bis 32) – Arbeit mit Zielen / Überprüfung der Zielerreichung

Die Produktbeschreibungen werden seit 2012 Zug um Zug mit Kennzahlen und Zielwerten versehen. Dies war zum Überprüfungszeitraum 2008-2010 noch nicht bzw. nur bei wenigen Produkten der Fall.

Die Hilfeplanarbeit ist gekennzeichnet durch die Formulierung von Jugendhilfezielen, über die die Maßnahmen gesteuert werden. Sie sind gleichzeitig Auftragsgrundlage für die eingesetzten freien Träger. Um eine einheitliche, zielgerichtete Basis für solche Zielformulierungen zu schaffen, ist im Sommer 2012 eine eintägige Fortbildungsmaßnahme „Steuerung durch Ziele in der Sozialen Arbeit“ durchgeführt worden, an dem alle SozialarbeiterInnen teilgenommen haben. Im Sommer 2013 erfolgt eine weitere, ergänzende Fortbildungsmaßnahme zu diesem Thema.

Die Hilfeplanvordrucke selbst sind um einige wenige Rubriken ergänzt worden, die sich auf die Zielerreichung beziehen. Darin sind alle vom Landesrechnungshof aufgeführten Standardanforderungen enthalten. Die Wesermarsch hat in diesem Zusammenhang im übrigen das Muster geliefert.

In einigen Fallakten hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass der jeweils mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragte freie Träger formulierte Ziele selbstständig verändert bzw. eigene Ziele formuliert hat. Es ist vorgesehen, dies in 2013 durch einvernehmliche Abstimmung mit den freien Trägern auszuschließen.

Teilziffern 22 und 23 (Seiten 24 und 25) – Kollegiale Fallberatung

Der Landesrechnungshof hat ausgeführt, dass im Landkreis Wesermarsch nur bedingt kollegiale Fallberatung zum Standard gehört. Dies ist missverständlich dargestellt und entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Eine kollegiale Fallberatung ist auch in der Wesermarsch zu jeder Zeit möglich, allerdings nicht über eine Dienstanweisung verfügt. Die Entscheidung über das Hinzuziehen einer Kollegin/eines Kollegen obliegt z.Zt. der fallführenden Sachbearbeitung (sowohl bei Einrichtung einer Hilfe, einer Fortsetzung als auch bei dem Wechsel der Hilfeart). Die Fachaufsicht wird beteiligt.

Einzige Abweichung ist, dass die Maßnahmen nicht so wie gefordert in der fachdienstinternen Hilfe-gewährungskonferenz vorgestellt und behandelt werden müssen.

Zu Teilziffern 31 und 32 (Seiten 32 bis 34) – Begründung der Auswahl eines Freien Trägers

Um den Haushaltsgrundsätzen des § 110 Abs. 2 NkomVG (Wirtschaftlichkeit) zu entsprechen, ist die Auswahl eines freien Trägers im Falleingangsmanagement zu dokumentieren. Um für den Landkreis Wesermarsch eine einheitliche Handlungsgrundlage zu schaffen, wird bis Mitte 2013 eine entsprechende Dienstanweisung erstellt und in Kraft treten.

Zu den Anlagen (Seite 42 ff)

In den Anlagen zur Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes sind die Zuschussbedarfe der einzelnen Hilfearten gegenübergestellt worden (Zahlen aus 2011).

In diesem direkten Vergleich belegt die Wesermarsch bei den meisten Hilfeformen einen guten Rang. Lediglich in den Hilfearten „Förderung der Erziehung in der Familie“, „Hilfen für junge Volljährige“ und Adoptionsvermittlung, Beistandschaft, Amtspflegeschaft, Vormundschaft“ werden für die Wesermarsch hohe Kostenwerte ausgewiesen.

Bei der „Förderung der Erziehung in der Familie“ werden in der Wesermarsch Unterbringungen in Mutter-Kind-Einrichtungen verbucht. Diese Hilfeart ist sehr kostenintensiv. Eine solche Leistung scheint es in den anderen Kommunen nicht zu geben bzw. sie kommt dort deutlich weniger vor. Eine Bewertung allein über die Haushalts- und Planzahlen ist daher nicht möglich bzw. nicht aussagekräftig.

Die „Hilfen für junge Volljährige“ wurden bereits unter Teilziffer 9 bewertet. Durch frühzeitige maßnahmebegleitende Hilfen sollen Fallzahlen und Aufwendungen Zug um Zug zurückgeführt werden.

Die Aufwendungen zum Produkt „Adoptionen ...“ sind nicht vergleichbar, da es sich hier im wesentlichen um Personalkosten handelt. Die aufgeführten Fallzahlen beziehen sich auf zu bearbeitende Fälle (Vormundschaften und Beistandschaften), die in der Wesermarsch in 2012 zurückgegangen sind (ca. 750 Fälle).

Die Fallzahlen bei den übrigen Hilfeformen liegen in 2012 ansonsten auf annähernd identischem Niveau (mit leichtem Anstieg bei den ambulanten Leistungen). Allerdings sind die Kosten der stationären Leistungen in 2012 pro Fall kontinuierlich angestiegen (u.a. durch Weitergabe von Kostensteigerungen). Auch die anteilige Refinanzierung über Kostenbeiträge ist nur bedingt möglich, da eine Vielzahl der Erziehungsberechtigten soziale Leistungen bezieht.